

Objektyp: **Miscellaneous**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

che Diskussion kommt nicht in Gang, wenn jeder Versuch, rote Zahlen zu eliminieren, im politischen Prozess gleich als Attentat auf das ganze System diffamiert wird. Unbestritten ist unter Fachleuten, dass unsere AHV, die auf dem Umlageverfahren basiert, sanierungsbedürftig ist. Ob sich das ganze System in einer Sackgasse befindet, oder ob nur ein Engpass vorliegt, hängt wohl davon ab, wie sich das Wirtschaftswachstum entwickelt. Im Zweifelsfall ist – gerade im Hinblick auf die Folgen für die finanziell Schwächeren – von der unbequemerer Variante auszugehen. Der volkswirtschaftliche Stellenwert unserer Sozialwerke ist nicht zu unterschätzen, so dass die beiden Entwicklungen durchaus in einem inneren Zusammenhang zu sehen sind. Es könnte sehr wohl sein, dass beispielsweise das «Drei-Säulen-Prinzip» nicht an mangelnder Flexibilität beim Umbau scheitert, sondern an seiner Dogmatisierung und an der «Rühr-mich-nicht-an-Mentalität» seiner Verteidiger. Gesucht sind nicht die «schrecklichen Vereinfacher». Mit Slogans wie «Privatisierung des Pensionssystems», «Sozialausbau versus Sozialabbau», «Rechtsstaat statt Wohlfahrtsstaat», «Selbstvorsorge statt Sozialvorsorge» lassen sich die Probleme nicht lösen. Ebenso wenig mit jenen populistischen Beschwichtigungsversuchen, die sich mit dem Hinweis begnügen, «in der Schweiz sei genug Geld vorhanden», um das wohlfahrtsstaatliche Füllhorn immer wieder aufzufüllen, man müsse es lediglich genügend gezielt und genügend wirksam wegnehmen und umverteilen.

In derartigen Argumentationen kommt ein grundlegendes Missverständnis des eingangs erwähnten Satzes «*Einer trage des andern Last*» zum Ausdruck. Dieses Postulat ist keine Rechtsnorm, aus der eine

Gruppe von Hilfsbedürftigen ein «Recht auf Hilfe» sowie ein Recht auf einen kontinuierlichen Ausbau von staatlichen Einrichtungen ableiten könnte. Hilfsbereitschaft ist eine Offerte, welche viele Menschen aus freier Entscheidung anbieten und viele andere Menschen eben nicht oder noch nicht. Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne die Gruppe der Hilfsbereiten durch einen Ausbau und eine Perfektionierung des Wohlfahrtsstaats vergrössern und die Gruppe der Nicht-Hilfsbereiten durch staatlichen Befehl «sozialer machen». Wo dies versucht worden ist und versucht wird, sind die Erfahrungen schlecht. Meist tritt das Gegenteil des angestrebten Erfolgs ein.

Keine Gemeinschaft kann sich ausschliesslich auf die Mechanik von Säulen stützen, die in unterschiedlichem Rhythmus altern, brüchig werden oder ersetzt werden müssen. Es ist aber auch ein Irrtum, wenn man von einem Sozialabbau das Wunder einer Wiedergeburt spontaner Hilfsbereitschaft erwartet. Abbruch ist keine Lösung. Eine anonyme Grossgesellschaft braucht anonyme Strukturen organisierter Sozialstaatlichkeit, je nachhaltiger und je kapitalgedeckter die Versicherung ist, desto besser. Eine Gemeinschaft kann sich aber, wenn sie überleben will, nicht blind auf das Funktionieren solcher Strukturen verlassen. Neben den grossen ökonomischen und politischen Netzwerken des Zusammenlebens gibt es auch die kleinen, mitmenschlichen, kommunalen und regionalen Netze. Sie stehen neben, unter und über den Säulen der Sozialwerke und haben wirtschaftliche, familiäre oder nachbarschaftliche Motive, weil es um unsere «Nächsten» im ursprünglichen Sinn geht. ♦

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 95.– (Ausland Fr. 116.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

*Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05*